

II Außenpolitischer Überblick zur Situation Israels

Erklärung von Golda Meir, Ministerpräsident des Staates Israel, in der Knesset am 16. November 1970

Aus dem »Press Bulletin« des Presse Bureaus der Regierung des Staates Israel, Jerusalem, 16. November 1970, entnehmen wir die in englischer Sprache wiedergegebene folgende Erklärung und bringen sie leicht gekürzt in deutscher Übersetzung:

»Herr Präsident der Knesset, Mitglieder der Knesset! Ehe ich meinen politischen Überblick gebe, möchte ich die Sache der sowjetischen Judenheit berühren im Licht von Berichten aus den sowjetischen Nachrichten-Agenturen über die Gerichtsverfahren, die dort demnächst beginnen sollen und im Lichte der uns bekannten Tatsachen über die während der letzten Monate in Leningrad, Riga und Czernowitz verhafteten 33 Juden.¹

Nach uns seit dem 15. Juni dieses Jahres zugegangenen Informationen sind dort Verhaftungen von Juden, Haus-suchungen und Beschlagnahme heiliger Bücher, hebräischer Lesebücher, Studienbücher über Judaica usw. durchgeführt worden. Nach diesen Berichten wurden viele Juden zu Verhören einbestellt, und man setzte sie durch Bedrohungen unter Druck.

Ausländische Journalisten in Moskau berichten, daß am 15. Juni dieses Jahres auf dem Leningrader Flugplatz 18 Personen verhaftet wurden, unter denen 9 Juden waren. Eine Lokalzeitung in Leningrad veröffentlichte einen ganz kurzen Bericht des Inhalts, daß »Kriminelle verhaftet wurden, die ein Flugzeug zu entführen versuchten«. Führende ausländische Kommentatoren haben keinen Zweifel gelassen, daß dieses eine beabsichtigte Provokation seitens des Sowjetischen Sicherheitsdienstes war als Vorwand zu einer Campagne zur Verfolgung und Einschüchterung gegen die Juden. Und dieses war nicht das erste Mal, daß die Behörden zu dieser Methode griffen.

Am gleichen Tag, dem 15. Juni, wurden weitere 8 Juden verhaftet in Leningrad, in ihren Wohnungen oder bei ihren Arbeitsstätten und sogar an Orten, wo sie ihre Sommerferien verbrachten. Einige Tage später schrieb ihr Freund, Victor Bogoslavsky einen offenen Brief, der in der westlichen Presse veröffentlicht wurde, an den Oberstaatsanwalt der Sowjetunion, in dem er über diese Verhaftungen berichtete und zu folgendem Schluß kam: »Ihr (>der Gefangenen«) einziges Verbrechen ist, daß sie als Juden geboren sind und wünschen Juden zu bleiben. Sie studierten die Sprache ihres Volkes und hatten das Verlangen, in die Sprache ihres Volkes einzudringen.

Sie waren um das Schicksal ihrer Angehörigen und das ihnen Nahestehenden in Israel besorgt. Das Schicksal des Staates Israel ließ sie nicht gleichgültig, der sein Entstehen der größten Tragödie in den Annalen unseres Volkes verdankt.« Und der Brief fährt fort: »Das Verbrechen meiner verhafteten Freunde besteht darin, daß sie den Wunsch hatten, in ihrem geschichtlichen Heimatland inmitten ihres eigenen Volkes leben zu wollen.«

Viktor Bogoslavsky, der Schreiber des von mir erwähnten Briefes, wurde am 12. Juli verhaftet. Am 5. August wurde ein Jude aus Leningrad, Hillel Shur, verhaftet, scheinbar als Vergeltung infolge eines weiteren dramatischen Appells seinerseits und seitens seines Freundes an das Oberste Sowjet-Präsidium und den Oberstaatsanwalt

der Sowjetunion. In ihrem Brief schreiben sie: »Es sollte Ihnen zur Kenntnis gebracht werden, daß ein Gerichtsverfahren gegen Personen stattfinden soll, die nur das eine Bestreben haben – nach Israel auszuwandern. Die Mehrzahl dieser Verhafteten haben, in Übereinstimmung mit dem sowjetischen Gesetz, Eingaben gemacht, um mit ihren Familien im Rahmen der Familien-Zusammenführung vereinigt zu werden. Dies wurde ihnen verweigert. Sie erhoben Klage bei den höchsten sowjetischen Institutionen. Abermals wurde ihr Ersuchen abgelehnt. Gemeinsam mit uns schrieben sie an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, U Thant, und die Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen. Nun wurden sie verhaftet. Was bedeutet das? Ist es die Rache der Behörden, da sie nicht imstande waren, den Geist dieser Leute zu brechen?«

... Bis jetzt wissen wir sicher von der Verhaftung von 33 Juden... Am 8. Januar dieses Jahres wurde Lily Ontman verhaftet und zu zweieinhalb Jahren verurteilt, ebenso wie Boris Kuchovievsky aus Kiew. Beide befinden sich im Gefängnis, weil beide darum kämpften, nach Israel auszuwandern.

Juden aus Moskau und aus anderen Städten sandten Schreiben an den Obersten Sowjet mit voller Unterschrift sowie ihrer Anschrift und erinnerten an den Fall Dreyfus^{1a}, das Beiliss-Verfahren und den bekannten »Fall der Doktoren« aus dem Jahr 1953. Sie schreiben, daß sie tief besorgt sind durch die zunehmende Verfolgung und die Verurteilungen von Juden. Es besteht verständlicherweise Verdacht, daß die Sowjet-Behörden versuchen, den Geist der Gefangenen mit ungesetzlichen Mitteln zu brechen. Kein Wunder, daß die Juden der Sowjetunion in Sorge sind um das Schicksal der Gefangenen und der jüdischen Gemeinschaft in der gesamten Sowjetunion.

Wir verstehen die Angst, die sie erfüllt und teilen sie. Es soll uns nicht wundern, wenn es dem Sowjetischen Sicherheitsdienst gelänge, mit berüchtigten Methoden der Vergangenheit gegenseitige Anklagen, Geständnisse und Ähnliches zu erreichen.

In Israel, sowie in der übrigen ganzen Welt, hat diese grausame Behandlung größte Empörung verursacht, und die Sowjetbehörden werden immer dringlicher ermahnt, von Verfolgungen und Schauprozessen Abstand zu nehmen, die bezwecken den Geist der Juden zu brechen, welche für das Recht kämpfen, als Juden zu leben und nach Israel auszuwandern. Sie werden keine Glaubwürdigkeit finden, wenn sie zu Gewaltmitteln greifen, wie sie die Juden im zaristischen Rußland und während des Stalinistischen Terrors erlitten. Wir hatten geglaubt, daß solche Zeiten für immer vorbei wären.

Israel steht mit seiner Auffassung und Empörung nicht allein – und mit seinen Forderungen. Zusammen mit

¹ Vgl. FR XXI/1969, S. 28 f. (Anm. d. Red. d. FR).

^{1a} Vgl. dazu: Marion Mushkat: Bemerkungen zum antizionistischen Komplex im sowjetischen Kommunismus und gegenwärtigen Neo-Antisemitismus in Polen. In: Dokumente und Kommentare zu Ost-Europa-Fragen Nr. 3/70, Beilage 3. Hrsg.: Deutsche Stiftung für europäische Friedensfragen. Bonn, Kurt-Schumacher-Straße 1 (nur in beschränkter Anzahl erhältlich).

Millionen Menschen in der ganzen Welt, mit Mitgliedern aller Nationen, rufen wir dazu auf, den Judenverfolgungen in Rußland und den Schauprozessen ein Ende zu setzen und fordern für jeden Juden – der mit seiner Familie und seinem Volk wieder vereint sein will – das Recht, Rußland verlassen zu dürfen.«² Nachdem Frau Meir dann kurz auf die Sturm-Katastrophe in Pakistan eingegangen war und die Teilnahme ihrer Nation an diesem furchtbaren Unglück ausgesprochen hatte, begann sie mit ihrer Erklärung über die Außenpolitik.

»In Ausübung meiner Mission in den Vereinigten Staaten, in Kanada und Britannien war es mir zu meinem Bedauern unmöglich, der Eröffnung der Winter-Sitzung beizuwohnen oder dem Haus eine politische Erklärung abzugeben. Ich begrüße die Gelegenheit, um über die Hauptereignisse, die sich in letzter Zeit in unserer Gegend zugetragen haben, zu reden.«

Der jordanische Kampf

»Ich beziehe mich auf den Zusammenprall zwischen der Regierung und den terroristischen Organisationen in Jordanien und die syrische Invasion in jenem Lande, auf die Einsetzung einer neuen Regierung in Ägypten als Folge von Nassers Tod, den Kampf zwischen den politischen und militärischen Waffen der Ba'ath Partei im Irak und Syrien und die Fortsetzung des Waffenstillstandes, der am 7. August vereinbart wurde.

Kämpfe brachen aus in Jordanien in der Septemberhälfte, als es König Hussein klar wurde, daß die Terroristen-Organisationen im Begriff waren, Aktionen zu unternehmen, die sein Regime zerstören sollten. Zu gleicher Zeit trat die Schwäche der Autorität dieser Regierung deutlich in Erscheinung mit der terroristischen Entführung von mehreren Flugzeugen internationaler Flugzeuggesellschaften, die auf einer Flugbasis in Jordanien landeten und zurückgehalten wurden, während die jordanischen Behörden sich gegenüber diesen Piratenübergriffen als unfähig erwiesen.

Der König von Jordanien, der es zugelassen hatte, daß die Terroristen sich in seinem Lande organisierten, entschloß sich viel zu spät dazu, seine Autorität in seinem eigenen Land sicherzustellen und sah sich bald selbst in einer gefährlichen Konfrontation mit den terroristischen

Organisationen, die Zeit genug gehabt hatten, sich zu verschanzen und sich, von seiner Regierung gedeckt, zu stärken.

Ein blutiger Kampf entwickelte sich in Jordanien, und als die jordanischen Streitkräfte die Oberhand erlangten über die Hauptzentren der terroristischen Organisationen in Amman, begann die Invasion in jordanisches Gebiet durch syrische Militäreinheiten, vorwiegend Panzereinheiten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Eindringen in das jordanische Hoheitsgebiet durch Hunderte von syrischen Tanks mit Kenntnis der Sowjetunion, wenn nicht sogar mit deren Ermütigung ausgeführt wurde. Die Krise war auf dem Höhepunkt angelangt. Obwohl die in Jordanien stationierte irakische Armee nicht in offene militärische Kooperation mit der eindringenden syrischen Armee trat, lieferte sie Waffen und Ausrüstungen aus ihrem Lager an die Terroristen. Die Iraker warteten den Ausgang ab und hofften einen Teil der Beute als Gewinn davonzutragen.

Das jordanische Regime schien vor dem vollständigen Zusammenbruch zu stehen. Es mag sehr wohl sein, daß während dieser brutalen Kämpfe König Hussein zu begreifen anfang, daß jeder, der diesen terroristischen Organisationen erlaubt, Fuß zu fassen und sich niederzulassen, ihnen hilft, die Kontrolle seines Landes in ihre Hand zu nehmen und die Stellung des gesetzmäßigen Regimes zu untergraben. Ich hoffe, daß man diese Lektion gelernt hat, und nicht nur in Jordanien.«

Frau Meir ging auf die syrische Invasion in Jordanien ein und die Haltung Israels während der Kämpfe. Sie betonte, die israelische Armee habe sich abwartend verhalten, sei aber jederzeit bereit gewesen, einzugreifen.

Diese Haltung habe nach ihrer Meinung dazu beigetragen, daß sich die Syrer schließlich wieder über ihre Grenze zurückgezogen und die Iraker sich an den Kämpfen nicht beteiligt hätten. Indem sie auf die detaillierten Vereinbarungen und Abmachungen zwischen dem König und den terroristischen Organisationen einging, die in Kairo und danach in Amman unterzeichnet worden waren, sagte sie, daß diese – in alterprobter Weise – es schon längst darauf abgesehen hätten, die Aktivität der Terroristen auf Israel zu lenken. »Wir haben die jordanische Regierung deutlich genug gewarnt und haben es klar gemacht, daß wir uns im Falle einer Wiederaufnahme aggressiver Handlungen gegen unsere Siedlungen an den Waffenstillstandslinien niemals wieder ruhig verhalten würden. Wir machten es klar, daß Israel nicht untätig beiseite stehen würde, während aktive Terroristen-Konzentrationen mit der Neigung, Gefechte und Bombardierungen wiederaufzunehmen, in den Gebieten dicht an unserer Grenze aufgestellt wurden. Wir würden nicht nur alle nur irgend möglichen wirksamen militärischen Maßnahmen gegen solche Konzentrationen ergreifen, sondern auch die jordanischen Behörden für jegliche aus ihrem Territorium hervorgehenden Aggressionen zur Rechenschaft ziehen. Es ist unmöglich, daß das jordanische Heer »passiv« verbleiben sollte, wenn es sich darum handelte, terroristische Aktionen gegen Israel zu verhindern und doch aktiv zu werden, wenn das Regime es verlangt. Es steht dem König von Jordanien frei, die ernüchternden Lektionen, die er erst gestern oder vorgestern gelernt hat, zu ignorieren oder zu vergessen, aber es ist Israels Recht und Pflicht, die Situation an seiner Ostfront nicht der Gefahr auszusetzen, sondern jede mögliche Maßnahme zu seiner Selbstverteidigung zu

² Im Zusammenhang mit dem Leningrader Prozeß, in dem am 24. 12. 1970 zwei Todesurteile ausgesprochen, die dann in 15 Jahre Arbeitslager umgewandelt wurden, schreibt Schalom Ben-Chorin: »Demonstration und Deklaration. Impressionen von der Klagemauer«. In: »Jedioth Chadashot« vom 1. 1. 1971:

Die Westmauer, Kotel Ha-maaravi, wurde in den letzten Tagen wieder, was sie jahrhundertlang gewesen ist: die Klagemauer des ganzen jüdischen Volkes . . . Damit zeigt sich wiederum die unlösbare Einheit des jüdischen Volkes. Jerusalem ist heute wieder die ungeteilte Hauptstadt Israels, aber es ist weit mehr als dies, die ungeteilte Hauptstadt des ungeteilten und unteilbaren jüdischen Volkes in aller Welt. Wir haben das in diesen Stunden der gemeinsamen Sorge um die Brüder in der Sowjetunion neu erfahren. In den letzten Tagen wurde diese Einheit und Einigkeit in der Vielheit und Vielfältigkeit an der Mauer sinnfältig demonstriert. Alles strömte dorthin, wo zuerst in fünf- bis achttägigem Hungerstreik, dann weiter im Sitzstreik, die Juden aus der Sowjetunion demonstrierten . . .

. . . In der Grabeskirche knien etwa zweihundert Christen, vorwiegend Frauen, in stillem Gebet für die Verurteilten von Leningrad. Christen ganz verschiedener Herkunft: Katholiken, Anglikaner, Presbyterianer, Lutheraner sind hier in einer Gemeinschaft mit den leidenden Juden zusammengeschlossen. Pater *Marcel Dubois vom Haus Isaas der Dominikaner* leitet die stille Andacht, und der *anglikanische Erzbischof in Jerusalem, Dr. George Appleton*, leitet anschließend im Vestibül der Kirche den Chor der Beter, die in vielen Sprachen das Vaterunser sprechen, darunter auch hebräisch.

ergreifen. Jordanien würde gut daran tun, wenn es Schluß damit macht, Vereinbarungen mit den terroristischen Organisationen zu treffen, in der Hoffnung, Ruhe und Stabilität schließlich dadurch zu schaffen, daß es die Terroristen gegen Israel in Aktion setzt und sie an unserer Grenze konzentriert. Ruhe in den Straßen von Amman ist nicht durch militärische Aktionen der Terroristen gegen unsere Bevölkerung zu erkaufen. Die Regierung Jordaniens sollte dies wohl bedenken.«

Nassers Tod

»Durch den Tod des ägyptischen Präsidenten wurde ein neues Regime in jenem Lande errichtet. Ich habe nicht die Absicht, den Versuch zu machen, Nassers Persönlichkeit aufzuwerten oder seine Aktionen aufzuzählen, aber ich möchte mir erlauben, nur soviel zu sagen: Zweifellos war Nasser ein einflußreicher Führer. Kraft Ägyptens zentraler Lage und seiner eigenen Persönlichkeit hätte er die Politik im Mittleren Osten in der Richtung auf Wohlstand und sozialen Fortschritt lenken können. Unglücklicherweise nutzte der ägyptische Präsident seine einzigartige Stellung nicht dazu, um sein Volk und die arabischen Völker in einen Kampf gegen Armut und Analphabetentum und in der Richtung auf ein Zeitalter des Friedens und der Entwicklung zu führen. Statt dessen führte er es in ungerechte Kriege und Niederlagen.

Als einer von denen, die die Revolution gegen das korrupte Regime Faruks begannen, gab es auch in Israel viele, die hofften, er würde für die Verwirklichung jener edlen Parolen arbeiten, die die Revolution auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Jedoch begründete er statt dessen eine Politik, die sein Volk und das Gebiet zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, zu fünfjährigem Mord im Jemen und in zwei wohlüberlegte Angriffskriege gegen Israel führte, die in Verwüstung, Metzelei und Niederlage endeten. In den letzten Jahren des Nasser-Regimes ist der Lebensstandard der ägyptischen Massen und das Bruttosozialprodukt gesunken. Ägypten, das erst unlängst aus kolonialer Knechtschaft befreit wurde, ist nun dem Kolonialismus der Sowjetunion willfährig.

Dies ist die Situation Ägyptens, da das neue Regime in Funktion tritt. Ein Regierungswechsel ist immer eine geeignete Gelegenheit, um ein neues Blatt aufzuschlagen, aus dem alten Geleise herauszukommen und einen neuen Blick zu gewinnen. Wir waren erfreut zu hören, daß die neue ägyptische Regierung kürzlich viel über die Notwendigkeit der Entwicklung, der Hebung des Lebensstandards, die Bekämpfung des Bildungsmangels usw. in ihrem Land zu sagen wußte. Wir hören dies gerne, ebenso wie alle anderen, die ein neues Zeitalter für Ägypten erhoffen und in der Gegend als Ganzem ein Zeitalter des Fortschrittes und des Wohlstandes, das nur durch Frieden und Koexistenz zwischen all den Völkern in unserem Gebiet zu erreichen ist. Wir stehen allen Entwicklungen in Ägypten »aufmerksam und wachsam« gegenüber. Jedoch stellen wir mit Bedauern fest, daß auch das neue Regime die Stimmen des Krieges nicht zum Schweigen gebracht hat.

In jedem Fall möchte ich die Verantwortlichen Ägyptens, und ohne auch den leisesten Zweifel daran, wissen lassen, daß – insoweit sie für den Beginn eines neuen Zeitalters in den Beziehungen zwischen unseren Völkern und Ländern vorbereitet sind –, sie Israel ganz aufrichtig zur Zusammenarbeit bereit finden werden.

Es ist zu wünschen, daß die neue ägyptische Führung den

Mittleren Osten in seinem historischen und natürlichen Zusammenhang sehen sollte, als ein Gebiet, das Völker, Religionen, Gemeinschaften und souveräne Staaten – Israel inbegriffen – umfaßt, die alle das gleiche Recht auf Existenz, auf Unabhängigkeit und Entwicklung haben: die gleichen Rechte, auf die alle Völker dieses Gebietes ohne Diskriminierung Anspruch haben. Der Friede ist der Schlüssel zu dem neuen Zeitalter, den alle Menschen guten Willens unter all diesen Völkern dieses Gebietes erstreben. Ich bin zuversichtlich, daß viele der arabischen Völker dieses Streben teilen, selbst wenn dies keinen öffentlichen Ausdruck findet. Israel und sein Volk hoffen, daß diese neue Führung die Verantwortung und den Mut haben wird, um den Weg des Friedens und schöpferischer Entwicklung zu beschreiten.«

Zusammenbruch der östlichen Front

»Im Verlauf der neuerlichen Unruhe in den arabischen Staaten ist auch das östliche Oberkommando zusammengebrochen.

Dieses Kommando wurde mit großem Tusch eingesetzt, um die Einkreisung Israels zu vervollständigen, auf daß für den Kriegsfall eine geplante operationsbereite Kooperation aller angrenzenden Staaten sichergestellt sei. Während der Zusammenbruch des östlichen Oberkommandos den Beweis für die Verschlechterung in den Beziehungen zwischen den arabischen Staaten liefert, weist dies auch auf die mangelnde Stabilität und Zerstrittenheit in jedem von ihnen hin, wie wir es auch der innenpolitischen Situation in Jordanien, im Irak und letztlich in Syrien entnehmen können. In diesem Stadium ist es noch zu früh, den Staatsstreich in Syrien genau zu werten.

Noch ist der Kampf zwischen den rivalisierenden Parteien nicht vorbei, obwohl der eine, indem er sich auf die Unterstützung der Armee verlassen hat, das Kommando übernahm und die Waffenbrüder seiner Partei gefangen setzte.

Ich kann nur vermuten, daß das syrische Debakel in Jordanien einer der Gründe für die gegenwärtige mangelnde Stabilität und den augenblicklichen inneren Zwist ist. Dort vollzieht sich nicht nur ein Machtkampf zwischen Individuen, sondern eine scharfe Auseinandersetzung zwischen entgegengesetzten politischen Auffassungen, einschließlich der politischen Haltung gegenüber terroristischen Unternehmungen und andern abenteuerlichen Plänen. Wir werden diese Entwicklungen weiter eifrig und aufmerksam im Auge behalten.«

Die sowjetische Kooperation

»Im Mittelpunkt unserer Beziehungen zu unseren Nachbarn haben wir uns in letzter Zeit besonders mit dem Waffenstillstand befaßt. Dieser Waffenstillstand schließt einen Paragraphen über militärisches »Stillhalten« ein, als Teil der amerikanischen Friedensinitiative, auf die Israel Ende Juli des Jahres zustimmend geantwortet hat. Aber während man das Unternehmen, mit den Kampfhandlungen aufzuhören, beachtet hat, haben die Ägypter die »Stillhalte«-Bedingungen verletzt, die, wie ich sagte, ein wesentlicher Bestandteil der amerikanischen Friedensinitiative war.

Am 4. August d. J. unterbreitete ich der Knesset die Regierungsvorlage vom gleichen Tag, an dem der Regierungsbeschluß Israels an die Vereinigten Staaten festgesetzt wurde... Als wir zustimmend auf die amerika-

nische Friedensinitiative antworteten, hatten wir ein zweifaches Ziel: Schluß zu machen mit dem Töten und der Zerstörung und den Krieg zu beenden und Fortschritte zu machen in Richtung auf einen Friedensvertrag als Endresultat erfolgreicher Gespräche zwischen uns und den Vertretern der arabischen Staaten. Als ich in der Nacht vom 7. August der Nation den Waffenstillstand verkündete, betonte ich, »daß wir unseren Entschluß nicht durch Schwäche erreichten, da wir noch stark genug sind – wie wir dies täglich zeigen –, uns an den Waffenstillstandslinien an allen Fronten zu behaupten, bis Frieden kommt«. Ich fügte hinzu: »Nichtsdestoweniger halten wir es jetzt so wie bisher für unsere Pflicht, jede Aussicht, die zum Frieden führen kann – wie gering sie auch immer sein mag –, auf die praktische Probe zu stellen, um sie so in aller Bereitwilligkeit und mit äußerster Verantwortlichkeit zu prüfen.« Wir handelten zwar hoffnungsvoll, aber ohne uns Illusionen hinzugeben. Innerlich zweifelten wir noch, ob Ägypten wirklich einem Friedensschluß geneigt war.

In der Tat, es wurde uns deutlich, daß Ägypten den Waffenstillstand aus militärischer Notwendigkeit angenommen hatte und nicht als eine Stufe auf dem Wege zum Frieden... In einer Botschaft an den Präsidenten des Irak – die am 3. August 1970 in »El Ahram« erschien – schrieb Nasser, daß »täglich Dutzende unserer tapferen Soldaten am Kanal fallen«... Bevor Ägypten dem Waffenstillstand zustimmte, erhöhte es seine Forderungen gegenüber der Sowjetunion und empfing zweifellos wesentliche zusätzliche Zusicherungen von Seiten der Sowjets. Es besteht gar kein Zweifel, daß die Ägypter, als sie der amerikanischen Initiative zustimmten, die sowjetische Bereitschaft mit in Rechnung zogen, mit ihnen zusammenzuarbeiten, ihr Raketensystem in der Richtung auf den Kanal vorzuschieben, um dadurch das strategische Gleichgewicht in der Kanalzone zu Israels Nachteil zu verändern.

Von Anfang an«, sagte die Ministerpräsidentin, »beabsichtigten Ägypter und Russen, das Aufhören der Kampfhandlungen dazu auszunutzen, um die Stillhalteklausel der Waffenstillstandsvereinbarung zu verletzen. Sie mißachteten ganz offen die ausdrückliche Verpflichtung, die sie auf sich genommen hatten.« Sie sagte, daß »vorüberlegte Verletzungen fort dauerten, begleitet von wiederholten Ablehnungen, sogar nachdem Israel die Täuschung der ganzen Welt offen dargelegt hatte«.

15C Raketenstellungen

»Seitdem der Waffenstillstand wirksam wurde, sind ungefähr 30–40 operationsbereite Raketenbasen – ein Drittel von ihnen SAM-3s – innerhalb von 30 Kilometer Entfernung vom Kanal hinzugefügt worden. Vor dem Waffenstillstand gab es in diesem Abschnitt nur eine Raketenbase. Innerhalb der 50-Kilometer-Zone, auf die sich das Stillhalteabkommen bezieht, gibt es heute etwa 40–50 operationsbereite Raketenbasen, wo vor dem Waffenstillstand in der gesamten Zone nur 16 waren. Im selben Zeitraum wurden einige 40 Feuerstellungen zur Aufnahme der verschiedenen Typen von Raketen geschossen hinzugefügt. Heute gibt es in der 50-Kilometer-Zone etwa 150 Raketenstellungen.

Die Raketenstellungen, die man praktisch an den Ufern des Kanals eingerichtet hat, haben eine Ausdehnung, die bis 15 Kilometer östlich des Suez-Kanals reicht. Außerdem haben die Ägypter und Russen während der

Waffenstillstandsperiode in die verbotene Zone wenigstens 50 schwere und mittlere Artilleriebatterien vorge-schoben, die sich auf ungefähr 250 Geschütze belaufen, und auch andere militärische Ausrüstung.

Es ist wichtig, mit Nachdruck zu wiederholen, daß alle diese Operationen, besonders das Vorrücken der Raketen, ohne die enge Kooperation der Sowjetunion nicht hätten ausgeführt werden können. Diese Supermacht, die an den Gesprächen der »Großen Vier«, an denen der »Großen Zwei« teilnimmt und an den Beratungen des Sicherheitsrates, die ihr Einverständnis mit dem Waffenstillstand und dem Stillhalteabkommen vom 7. August verkündete, hat sich aktiv an der Verletzung dieser Vereinbarung beteiligt und ist für die Verletzung nicht weniger verantwortlich als die ägyptische Regierung.

... Wir betrachten es als unsere höchste und dringende Pflicht, der Welt und vor allem der Regierung der Vereinigten Staaten die Tatsachen über diese Verletzungen zu unterbreiten, einschließlich aller Feststellungen, die uns bekannt geworden sind.

Bedauerlicherweise vergingen von der Zeit an, da die Verletzungen angingen, etwa 12 Tage, bis die Regierung der Vereinigten Staaten ebenfalls die Berechtigung unserer Behauptungen und die Richtigkeit unserer Feststellungen anerkannte und sich unserer Forderung nach Berichtigung der Verletzungen anschloß. Feindliche Elemente, geleitet durch den Propaganda-Apparat der Russen und Ägypter, versuchten, die in unserem Besitz befindlichen Informationen zu verzerren und zu verdrehen, um dadurch ihre Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens zu verbergen. Sie fingen damit an, falsche Anklagen gegen Israel zu erheben, es habe die ägyptischen Verletzungen ganz einfach erfunden in der Absicht, wie sie es darstellten, aus den Jarring-Gesprächen herauszukommen. Diese Verzerrungen und Verdrehungen wurden mit großer Mühe dank der genauen Beobachtung, der Informationen und der Geschicklichkeit der israelischen Verteidigungskräfte als auch der unermüdlichen Anstrengungen unserer Repräsentanten in der ganzen Welt widerlegt. Es dürfte so scheinen, daß es heute keinen einzigen vorurteilsfreien internationalen bestimmenden Faktor gibt, der die Richtigkeit der Tatsachen bezweifelt, auf die Israel aufmerksam gemacht hat oder der nicht den schweren Verrat des Abkommens durch die Ägypter und Russen erkennt.

Der Kampf gegen die Verletzung der Stillhalteklausele wurde von ausschlaggebender Notwendigkeit in dem Augenblick, als das Vorschieben der Raketenbasen in der Gegend entdeckt wurde. Die Entscheidung der Regierung vom 6. September über den Aufschub der Gespräche mit Botschafter Jarring war ein natürlicher und einfacher Ausdruck dieses Kampfes, und die Realisierung, daß die Hinnahme der Verletzung der Stillhalteklausele geradezu bedeuten würde, daß man die Ägypter und Sowjets bei ihrem Täuschungsmanöver unterstützen und es den bestimmenden internationalen Faktoren leichter machen würde, sich so zu verhalten, als ob nichts geschehen wäre. Es wäre ein politischer Irrtum schwerster Art gewesen, hätten wir den »realistischen« Rat beachtet, uns auf Gespräche einzulassen, ohne die Verletzung des Abkommens dabei in Rechnung zu ziehen und ohne die eindringliche Forderung, das was getan worden sei, wieder in Ordnung gebracht werden und der frühere Zustand wieder hergestellt werden müßte, ohne die höchste politische Anstrengung zu mobilisieren, alles das zu tun, was gegen-

über dieser verbrecherischen Verletzung getan werden mußte.

Ich war niemals bereit, etwa anzunehmen, daß unser Kampf zur Erfüllung unserer gerechten Forderung im vollen Umfang führen würde. Aber ich bin noch davon überzeugt, daß ohne diesen Kampf – der noch nicht vorüber ist – wir uns in einer viel schwereren Situation befinden würden, sowohl hinsichtlich des militärischen Gleichgewichts als auch politisch.

Im Verlauf meiner Unterhaltungen mit den Staats- und Regierungshäuptern machte ich klar, daß die Pläne, die jetzt von unseren Feinden geschmiedet werden, um einen Rückzug Israels ohne Friedensschluß zustande zu bringen, keine Grundlage oder Substanz haben. Und wirklich, ich fand Verständnis für unsere Stellungnahme – daß Israel ohne einen Frieden seine Stellungen entlang der Waffenstillstandslinien behaupten muß, und zwar in allen Abschnitten, während es einen dauernden Frieden mit Grenzen anstrebt, über die man sich geeinigt hat und die verteidigt werden können.

Die Klarstellung unseres Standpunktes gegenüber der Verletzung war der Hauptgegenstand der politischen Gespräche, die ich in den Vereinten Nationen, in den Vereinigten Staaten, in Kanada und in Großbritannien führte.

Angesichts der deutlichen Tatsachen, die wir gesammelt und unterbreitet haben, hat kein einziger von den Staatsmännern, mit denen ich gesprochen habe, die Tatsachen, auf die wir hingewiesen, in Frage gestellt. In diesen Gesprächen lenkten wir die dringende Aufmerksamkeit nicht nur auf den Versuch der Ägypter, das Gleichgewicht der Kräfte durch Täuschung zu ändern, sondern auch auf die weltweite Bedeutung, die die Verletzung einer bindenden Abmachung durch einen Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen, eine Großmacht, haben mußte: Wenn ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt würde, so müßte dies eine äußerst gefährliche Tragweite für globale Gegenstände von größter Bedeutung nach sich ziehen.«

Internationale Garantien

»In meinen Gesprächen begegnete ich einigen Staatsmännern, die bei allem Verständnis für unseren Wunsch, sichere und anerkannte Grenzen festzusetzen, uns zu überreden versuchten, daß man Sicherheitsgrenzen auch mit der Hilfe internationaler Garantien erlangen könne und durch verschiedene Einrichtungen unter der Aufsicht der Vereinten Nationen. Unsere Enttäuschungen nach dem Zerschlagen internationaler Einrichtungen – in Sharm e-Sheikh, in Gaza und an den syrischen und jordanischen Grenzen – sollten ausreichen, um zu zeigen, warum wir unser Vertrauen nicht in die Vereinten Nationen setzen oder ihnen unsere Sicherheit anvertrauen können.

Die letzte Beschlußfassung der Hauptversammlung der Vereinten Nationen ist ein zusätzlicher Beweis in dieser Hinsicht.

Israel wird, wie die meisten anderen Nationen, nichts Bindendes in dem Beschluß sehen, abgesehen vom zusätzlichen Beweis des bedauernswerten Zustandes der UNO. Dieser Beschluß hat keine Änderung in unserer Situation zur Folge. Auch hat sich der Auftrag des Botschafters Jarring in keiner Weise geändert. Sein Auftrag und seine Autorität leiten sich nicht von einer einseitigen Entschließung der Versammlung her, sondern von einem Beschluß des Sicherheitsrates. Die Resolution ist nicht aufgehoben

worden, vielmehr ist ein Hindernis in der Art von Botschafter Jarrings Auftrag hinzugekommen. Zur rechten Zeit, wenn die Bedingungen dafür geschaffen und Gespräche über einen wirklichen Frieden begonnen haben, dann werden sie sich auf vereinbarte Grundlagen stützen und nicht auf diesen Beschluß, der weitere Hindernisse und Komplikationen auf den Weg zum Frieden gesetzt hat.«

Gespräche mit Jordanien

»Ich habe es in den Vereinigten Staaten klargestellt, daß wir unsere Entscheidung nicht geändert haben und zustimmend antworten zur amerikanischen Initiative, inbegriffen die Teilnahme an den Jarring-Gesprächen. Und als Beweis dafür stellte ich fest, daß, da Jordanien an der Verletzung der Stillhalteklausele in dem Waffenstillstandsabkommen nicht beteiligt ist, wir keinerlei Einwendungen dagegen haben, mit Jordanien unter Aufsicht von Botschafter Jarring Gespräche zu führen. Das Kabinett hat entsprechend seinen früheren Beschlüssen diese Feststellung gebilligt.

Wir können das Verhalten der Länder, die an den Zwei-Mächte- und Vier-Mächte-Gesprächen teilnehmen, nicht ignorieren. Wir können das Gebaren Frankreichs in der Generalversammlung nicht ignorieren, als es sich befleißigte, die pro-arabische Entschließung annehmbarer und unwirksamer zu machen. Auch können wir die Rede des britischen Außenministers über die Politik seiner Regierung im Mittleren Osten nicht ignorieren. Jedem ist die feindselige Haltung der Sowjetunion bekannt. Alle diese Faktoren stärken uns in unserem Bewußtsein, daß wir von den Vier-Mächte-Gesprächen keine Objektivität erwarten können und rechtfertigen unsere Vorbehalte von Anfang an in Bezug auf ihre Überlegungen und Zuständigkeiten, uns selbst mit unseren Angelegenheiten zu befassen.

Auf dem Hintergrund dieser letzten politischen Entwicklungen wird das verantwortungsvolle Verhalten der Regierung der Vereinigten Staaten sogar noch augenscheinlicher. Sie zogen sich von den Begegnungen der Deputierten der »Großen Vier« zurück, arbeiteten gegen den arabischen Beschluß in der UNO und halfen Israel bei der Stärkung seiner Leistungsfähigkeit, sich selbst zu verteidigen.

Präsident Nixon kennzeichnete die Situation gut in seiner Ansprache an die Versammlung, als er dazu aufrief, Vertrauen zu schaffen, »ein Vertrauen, auf das sich die Friedensbemühungen stützen und Fortschritte machen können«.

Der politische Kampf gegen die Verletzung des Waffenstillstandes muß fortgesetzt werden, besonders nach der Versammlung der UNO. Dieser Kampf ist lebenswichtig für unsere militärische Stellung in der Kanalzone und wegen des wahren Wertes von Vereinbarungen in der Zukunft, und damit Vereinbarungen in ihrer Ganzheit beachtet werden und nicht nur wegen willkürlich daraus ausgewählter Abschnitte. Diese schwere Rechnung ist noch nicht abgeschlossen worden, und es besteht keinerlei Grund, weshalb wir uns beeilen sollten, diese Dinge nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Mehr als alle anderen in der Welt sind wir daran interessiert, Friedensgespräche zu fördern, die – wie wir hoffen – sich in direkten Diskussionen zwischen uns und den arabischen Staaten entwickeln und mit dem Abschluß von Friedensverträgen enden werden. Aus diesem

Gründe antworteten wir zustimmend auf die amerikanische Initiative und zu Gesprächen unter der Leitung von Botschafter Jarring.

Überdies wissen wir den Wunsch vieler Menschen in der Welt zu würdigen, daß die Gespräche wieder aufgenommen werden in der Hoffnung, dem Frieden näher zu kommen. Aber ich muß klarstellen, daß bis jetzt bei allen Annäherungen uns keine Vereinbarungen vorgeschlagen wurden, die die Regierung als befriedigend für unsere Forderung ansehen könnte, daß die Verletzungen korrigiert werden, und noch sind keine Bedingungen geschaffen worden, die eine Änderung des Regierungsbeschlusses rechtfertigen könnten, die Gespräche unter Aufsicht Botschafters Jarring zu verschieben. Demgemäß müssen wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um solche Bedingungen zu schaffen. Darüber setzen wir unseren Dialog fort, hauptsächlich mit der amerikanischen Regierung.

Wir fahren fort, den Waffenstillstand zu beachten, und wir hoffen, daß er dauern wird, sogar nach den 90 Tagen, und schließlich den Krieg beenden wird.

Wir betrachten den Waffenstillstand als Fortsetzung des Übereinkommens, das zwischen allen Parteien am 7. August erreicht wurde, ein logisches und bindendes Ergebnis der Waffenstillstandsbeschlüsse des Sicherheitsrates vom Juni 1967.

Zu unserem Bedauern haben wir wiederum arrogante Erklärungen von dem ägyptischen Präsidenten gehört. Er hat sich gerühmt, daß nach 90 Tagen alle Begrenzungen auf dem Wege der ägyptischen Armee aufgehoben werden. Ich möchte dem Präsidenten von Ägypten und den Oberkommandierenden seiner Armee raten, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, für die die ägyptische Armee und das ägyptische Volk teuer bezahlt haben.«

Das Weltjudentum

»Ich kann meinen Überblick nicht abschließen, ohne dabei meine Begegnungen mit Jüdischen Gemeinden zu behandeln. Eines meiner Hauptanliegen auf dieser dreiwöchigen Tour war es, Vertretern der amerikanischen, kanadischen und britischen ebenso wie kontinental-

europäischen Judentum zu begegnen. Wie es der Knesset bekannt ist, haben wir in letzter Zeit hohe Anforderungen an das Weltjudentum gestellt und es dazu aufgerufen, uns zu helfen, Hilfsquellen in einem beispiellosen Maße zu mobilisieren, um den Bedürfnissen zu entsprechen, die aus unserer Situation entstehen... Ich fand große Anteilnahme bei der Judentum, und sie verfolgte sehr besorgt und mit voller Sympathie jede Phase unseres politischen Kampfes und unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Sie waren für unser Bedürfnis offen und bereit, sich an unseren Bestrebungen zu engagieren. Unsere jüdischen Brüder sagten mir, wieviel Ermutigung und Inspiration sie von uns empfangen, und ich erwiderte ihnen, daß wir durch ihre vorbehaltlose Identifizierung Kraft von ihnen gewinnen...«

Schlußwort

»In meiner Ansprache vor der Knesset am 4. August sagte ich: »Wir haben Grund zu glauben, daß Israel sich nicht schwächer fühlen würde, falls die Araber beschließen, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen.«

Heute kann ich mit Gewißheit bestätigen, daß diese Einschätzung bestätigt worden ist und daß unsere Kraft auf allen Gebieten zunimmt. Jeder Versuch von seiten unserer Nachbarn, die Aggression wieder aufzunehmen, würde einer vernichtenden Stärke von seiten der israelischen Verteidigungskräfte begegnen. Jedoch haben wir, wie in der Vergangenheit, nicht den Wunsch, unsere Stärke einmal mehr zu erproben oder neue Siege zu gewinnen. Wir befürworten die Fortsetzung des Waffenstillstandes, und wir werden peinlich darauf bedacht sein, ihn auf der Grundlage der Gegenseitigkeit einzuhalten. Wir glauben fest daran, daß die Lösung unserer Probleme für unser Gebiet nicht auf dem Schlachtfeld liegt, sondern am Verhandlungstisch. Was wir und die Araber brauchen, ist ein Dialog, der in einen Friedensvertrag einmündet, auf der Basis wechselseitiger Achtung und gegenseitiger Sicherheit.

Wir hoffen, daß man den Weg finden wird, der uns vom Waffenstillstand zu einem vollständigen Ende des Krieges und zur Herstellung eines dauernden Friedens führt.«

III Der Versuch mit dem »kleinen Frieden«

Israelisch-arabische Geselligkeit in der Hebräischen Universität anläßlich der Eröffnung des 4. Studienjahres der jüdisch-arabischen Sprachkurse¹

Wie sich dieser Versuch mit dem »kleinen Frieden« stetig weiter entwickelt, zeigt folgender Einblick in diese jüdisch-arabische Zusammenarbeit im Anschluß an den im FR XXI/1969 gegebenen Bericht^{1,2}.

350 Araber aus Ost-Jerusalem und 50 israelische Araber aus Haifa waren unter mehr als 600 Gästen bei dieser Geselligkeit am 7. 12. 1970 im Wise Auditorium der Hebräischen Universität in Jerusalem. Der Anlaß war die Eröffnung des vierten Studienjahres der Zentralstelle für Erwachsenenbildung der Hebräischen Universität, in deren Rahmen und in den Räumen des in der Altstadt gelegenen Ecce-Homo-Klosters der Schwestern von Sion seit 1967, unmittelbar nach dem 6-Tage-Krieg Araber hebräisch und Juden arabisch lernen¹. In diesem Jahr sind es 250 Araber aus Ost-Jerusalem und 150 Juden aus der Weststadt (moslemisch- und christlich-arabische, jüdische

und christliche Kursteilnehmer). Die Teilnehmerzahl ist um 40% höher als in den vergangenen Jahrgängen.

Erstmals nahmen Araber aus Ost-Jerusalem in so großer Zahl an einer Veranstaltung der Hebräischen Universität teil.

Achmed Schanti, ein arabischer Lehrer aus Ost-Jerusalem, sprach über das »Goldene Zeitalter« in Spanien, als die islamische und jüdische Kultur durch diese Zusammenarbeit zur Blüte gelangten. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich eine ähnliche kulturelle und soziale Renaissance in unseren Tagen vollziehen würde.

Das israelisch-arabische Orchester aus Haifa, die Tanzgruppe der Hebräischen Universität mit einer Aufführung arabischer und israelischer Volkstänze und ein Chor von 12 arabischen Mädchen trugen u. a. zu dem Gelingen des auch mit Folklore erfüllten Abends bei, der ein Ausdruck gut nachbarschaftlicher Beziehungen zwischen Juden und Arabern ist.

¹ Vgl. FR XXI/1969, S. 137 ff.

² Vgl. auch: »Erfolge jüdisch-arabischer Zusammenarbeit«. In: Israelitisches Wochenblatt (71/2). Zürich, 8. 1. 1971, S. 23.